

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 15. Und 16. Mai 2019**

- 1. Aktuelle Debatten**
- 2. Antrag:**
„Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern“
- 3. Antrag:**
„Jugendoffiziere in Rheinland-Pfalz – Wer für die Demokratie einsteht, der braucht auch breite Unterstützung“
- 4. Antrag:**
„Berufliche Bildung gleichstellen – Gebühren für Meister-, Fachwirt-, Techniker Ausbildung streichen“
- 5. Antrag:**
„Wald erhalten – Klima schützen“

1. Aktuelle Debatten

- „Landesregierung lässt Kommunen finanziell im Stich – Vorgaben des Verfassungsgerichts nicht beachtet“
- „Studie des ADFC – In Rheinland-Pfalz werden Radfahrer ausgebremst“

2. Antrag

„Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern“

Empfindliche Verbrauchergruppen besonders berücksichtigen

Gerade Menschen, die in **Pflegeheimen leben oder zu einem Krankenhausaufenthalt** gezwungen sind, haben **besondere Bedürfnisse im Hinblick auf die Speisen**, die sie einnehmen. Deshalb gibt es seitens des **Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR)**, in Gemeinschaftsverpflegung entsprechende Empfehlungen. So sollen bei besonders empfindliche Verbrauchergruppen **keine Lebensmittel eingesetzt** werden, bei denen von einem **höheren mikrobiologischen Risiko auszugehen** ist. Also z.B. keine Milchprodukte aus Rohmilch, frisches Mett, Räucherlachs oder auch Sprossen und Tiefkühlbeeren. Geschieht dies müssen diese direkt vor der Ausgabe ausreichend erhitzt werden.

Bundesweiter Überwachungsplan

Sind die Empfehlungen des BfR in den Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern **bekannt** und wird auf den Einsatz der genannten Lebensmittel **verzichtet**? Das wird **im Rahmen eines bundesweiten Überwachungsplans überprüft**. In Rheinland-Pfalz wurden insgesamt 63 Einrichtungen (44 Alten- und Pflegeheime sowie 19 Krankenhäuser) überprüft: In 55% der Alten- und Pflegeheimen und in 42% der Krankenhäuser waren die BfR-Empfehlungen bekannt. 9,5% verzichteten dem Bericht zu Folge auf die angegebenen Lebensmittel. 65% der Einrichtungen gaben an, überwiegend auf sie zu verzichten. **25% der Einrichtungen gaben an, nicht darauf zu verzichten.**

Bestehende Defizite beseitigen

Die Überprüfung zeigt, dass es **erhebliche Mängel** gibt. Ziel muss deshalb sein, den **Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz zu stärken**. Hierzu bedarf es aus unserer Sicht:

- verstärkter Kommunikation und Kooperation mit den Einrichtungen und ihren Trägern mit dem Ziel gemeinsamer Vereinbarungen,
- gezielter Beratung und Schulung der Beteiligten und Betroffenen zur Wahrnehmung der Verbraucherschutzinteressen und
- exemplarische Förderung vorbildhafter Praxis.

3. Antrag:

„Jugendoffiziere in Rheinland-Pfalz – Wer für die Demokratie einsteht, der braucht auch breite Unterstützung“

Veränderte Sicherheitsarchitektur

Nicht nur die **europäische Sicherheitsarchitektur** hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten **massiv gewandelt**. Nichts zeigt das so deutlich wie die **Veränderungen innerhalb der NATO**. Aus den ursprünglich 12 Gründungsmitgliedern sind inzwischen 29 geworden - **darunter frühere Gegner wie z.B. Polen oder die baltischen Staaten**. Damit verbunden ist auch **für die Bundeswehr ein neuer Aufgabenzuschnitt**. Sie war und ist an **Einsätzen in vielen Ländern auch außerhalb des eigentlichen Bündnisgebietes** etwa im Kosovo oder in Afghanistan beteiligt. Oft unter zum Teil unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen.

Viele Fragestellungen

Seit sechs Jahrzehnten schon gibt es die **Jugendoffiziere der Bundeswehr**. Sie sind **keine Werbebeauftragte zur Rekrutierung von Personal**, sondern ganz im Gegensatz ein **wichtiger Teil der Infrastruktur der politischen Bildung**. Denn gerade im Kontext der sich wandelnden Aufgabe und Rahmenbedingungen stellen sich viele Fragen: Zu **Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr**, zu ihren **Auslandseinsätzen**, zur **Rolle von NATO, UN oder auch KSZE**, zur **deutschen Sicherheitspolitik** und natürlich zu den **aktuellen Risiken, Bedrohungen und Krisen**. Dabei sind die gut ausgebildeten Jugendoffiziere wichtige und **unverzichtbare Ansprechpartner und Referenten, nicht zuletzt für die Schulen**.

Jugendoffiziere nicht diskreditieren

Leider wird die **politische Bildungsarbeit der Jugendoffiziere** an Schulen, immer wieder **in Frage gestellt**. Die **SPD Berlin** hat sich in einem **Parteitagsbeschluss** gegen Besuche von Jugendoffizieren an allgemeinbildenden Schulen ausgesprochen. Und auch **Bündnis 90/ Die Grünen** haben sich in der Vergangenheit immer wieder äußerst **distanziert-kritisch zur Praxis der Jugendoffiziere an Schulen** geäußert. **Notwendig ist deshalb ein klares Bekenntnis zur politischen Bildungsarbeit der Jugendoffiziere**. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und in der Mitte der Gesellschaft verankert. Das bedeutet auch, dass unsere Soldatinnen und Soldaten an den Schulen willkommen sind.

Bekenntnis des Landtages notwendig

Wir wollen, dass der Landtag ein **unmissverständliches Bekenntnis zur Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen** abgibt und sie damit stärkt. Zugleich soll die Landesregierung aufgefordert werden, **weitere Kooperationen mit der Bundeswehr anzustreben**, um die **Arbeit und Leistung der Bundeswehr noch stärker als bisher im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern**.

4. Antrag:

„Berufliche Bildung gleichstellen – Gebühren für Meister-, Fachwirt-, Techniker-ausbildung streichen“

Handwerk Rückgrat der Wirtschaft

Das **Handwerk bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft**. Ein **Kernproblem** von Handwerk und Mittelstand besteht im **zunehmenden Mangel an Fachkräften**. Das **hemmt die wirtschaftliche Entwicklung** und das führt insbesondere auch dazu, dass Kunden, die eine Handwerkerleistung in Anspruch nehmen wollen, oft lange warten müssen. **Kaum ein Handwerksbetrieb klagt nicht über einen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern**. Die Auftragsbücher sind übervoll, bei der Ausführung zeigt der Personalmangel Grenzen auf.

Fachkräftemangel beseitigen

Für die Bewältigung des Fachkräftemangels sind mehrere Punkte entscheidend: Wir müssen dafür sorgen, dass unsere **Schulabsolventen ausbildungsfähig** sind. Hier gibt es Klagen der Ausbildungsbetriebe. Das beginnt in der **Grundschule** und reicht bis zu den **Berufsschulen**. Viertklässler, die nicht genau wissen, was sie lesen. **Fehlende Kenntnisse im Rechnen, Schreiben und Lesen beim Ausbildungsbeginn** als Folge von **Unterrichtsausfall und fachfremdem Unterricht** sind die Stichworte. Hier müssen wir ansetzen.

Master und Meister gleichstellen

Hinzu kommt, dass sich junge Menschen **viel zu selten für eine Ausbildung entscheiden**. Wir müssen deshalb ein **Klima schaffen, dass nicht einseitig auf das Studium setzt und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöht**. Denn nicht jeder muss Abitur machen und nicht jeder muss studieren. Dazu gehört insbesondere auch, dass wir **Anreize schaffen, Lehrlinge besser in der Ausbildung unterstützen und Meister und Master gleichstellen**. Es ist nicht gerecht und auch nicht sinnvoll, dass der anspruchsvolle und teure Meisterkurs von den Absolventen selbst bezahlt werden muss, während Studiengebühren – selbst für Langzeitstudenten – weggefallen sind.

Landesregierung muss tätig werden

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf:

- ein Konzept vorzulegen, wie bis zu einer bundesweiten Regelung der Meister-bonus zu einer Vollkostenerstattung weiterentwickelt werden kann und
- dem Landtag bis Ende 2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

5. Antrag:

„Wald erhalten – Klima schützen“

Rheinland-Pfalz ist Waldland

Rheinland-Pfalz gehört zu den **waldreichsten Bundesländern** Deutschlands. **42 Prozent der Landesfläche sind mit Wald bedeckt**. Das Ökosystem Wald ist nicht zuletzt unverzichtbar für den **Klimaschutz**. Zugleich stellt der Wald für viele Menschen einen **touristischen Anziehungspunkt und Erholungsraum** dar. Eifel, Hunsrück, Pfälzerwald, Taunus und Westerwald sind weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt und beliebt. Eine wichtige Rolle spielt der Wald aber auch als **Arbeitsplatz und Wirtschaftsfaktor**.

Wetterextreme haben Wald geschädigt

Nach dem Waldzustandsbericht 2018 sind **84 Prozent der Bäume in Rheinland-Pfalz geschädigt**. Das bedeutet einen Anstieg um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. **Wetterextreme** mit Dürreperioden auf der einen und schweren Stürmen mit Starkregen auf der anderen Seite haben dem Wald zugesetzt. Hinzu kommt der **Borkenkäfer, der Schäden in Millionenhöhe verursacht hat**.

Auch Kommunen und Privatwaldbesitzer unterstützen

Der **Großteil der Waldflächen in Rheinland-Pfalz befindet sich im Besitz von Kommunen und Privatleuten (ca. 75 %)**. Es reicht daher nicht aus, nur den Staatswald mit Landesmitteln zu unterstützen.

Was wir wollen

Mit unserem Landtag fordern wir die Landesregierung auf:

- die **Wälder** in Rheinland-Pfalz ungeachtet ihrer Besitzverhältnisse **gleichermaßen zu unterstützen** und mit **Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe**, ergänzt durch Landesmittel, zu **fördern**.
- **Fördermaßnahmen** genau zu definieren und den Waldbesitzern eine **förderunschädliche Vorabgenehmigung** zu erteilen.
- Zuschüsse zu den **Aufarbeitungskosten** zu gewähren.
- für die **Lagerung der Baumstämme** Unterstützung bereit zu stellen.
- den **Waldwegebau** stärker zu fördern.
- Die **Wiederaufforstung** und den **Schutz der Pflanzenbestände** zu fördern.